

1 Zugewanderte aus den EU-Mitgliedsstaaten an deutschen Schulen

1.1 Aktuelle Zahlen und Entwicklungen bezüglich EU-Schülerinnen und -Schülern an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler aus den EU-Mitgliedsstaaten steigt in den letzten zehn Jahren kontinuierlich, während die Zahl deutscher Schülerinnen und Schülern sinkt.

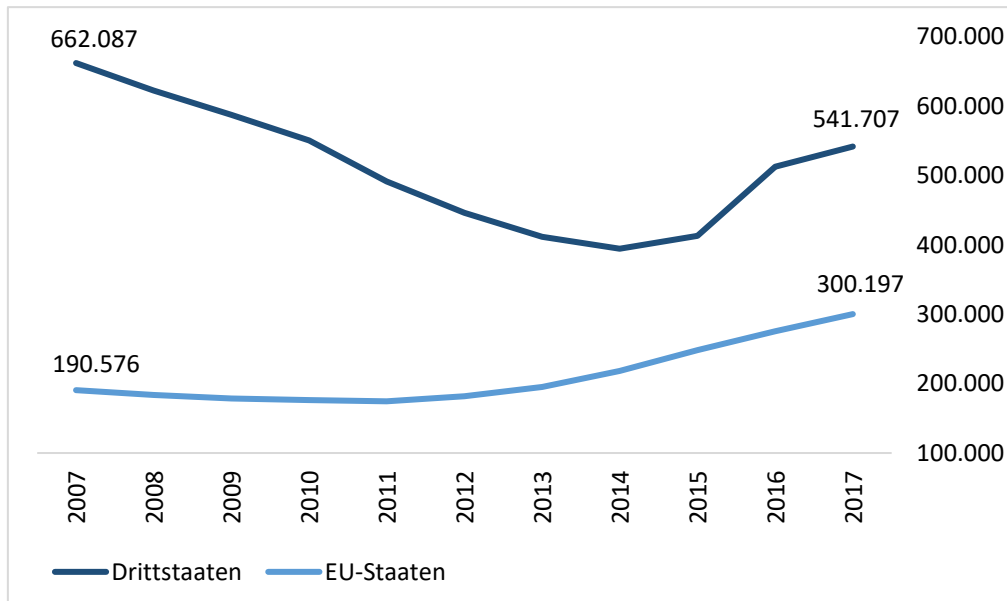


Abbildung 1: Absolute Anzahl der Schülerinnen und Schüler ohne deutsche Staatsbürgerschaft an allgemeinbildenden Schulen zwischen den Schuljahren 2007/08 und 2017/18

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2008a, 2009a, 2010a, 2011a, 2012a, 2013a, 2014a, 2015a, 2016a, 2017a, 2018a © Minor

Die absoluten Zahlen waren in den letzten zehn Jahren wesentlichen Veränderungen unterworfen: So ging die Anzahl deutscher Schülerinnen und Schüler um 9,9 %, von 8.331.148 im Schuljahr 2007/08 auf 7.504.803 im Schuljahr 2017/18 zurück. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler aus den EU-Mitgliedsstaaten stiegen dagegen ab dem Schuljahr 2011/12 kontinuierlich an (Abbildung 1). Mit 35,7 % stellen nun die Schülerinnen und Schüler aus den EU-Mitgliedsstaaten im Schuljahr 2017/18 mehr als ein Drittel aller zugewanderten Schülerinnen und Schülern an deutschen allgemeinbildenden Schulen dar (Abbildung 2).

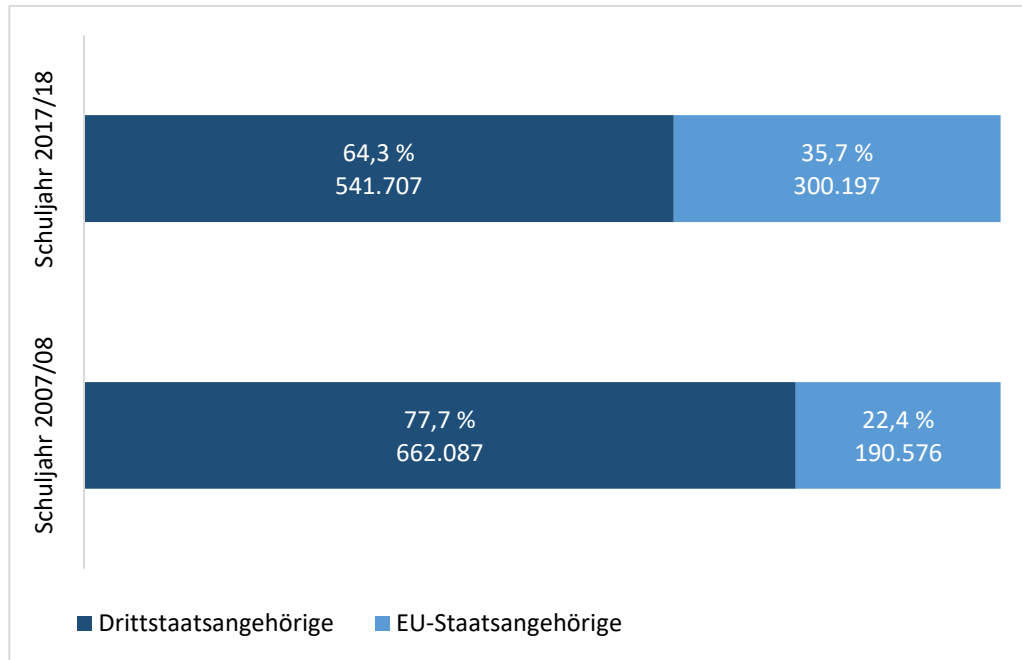


Abbildung 2: Anzahl und Anteile der EU-Schülerinnen und Schüler an der Gesamtzahl zugewanderter Schülerinnen und Schüler in den Schuljahren 2007/08 und 2017/18

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2008a, 2018a © Minor

Ein Grund für den steilen Zuwachs ist u. a. die Aufhebung der Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Zuge der EU-Osterweiterung. Mit Polen und Kroatien befanden sich im Schuljahr 2007/08 nur zwei Staaten der EU-Osterweiterung unter den Top-10 der EU-Mitgliedsstaaten (Statistisches Bundesamt 2010a).¹ Zehn Jahre später machten (mittel-)osteuropäische Staaten mit Polen, Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Ungarn die Hälfte der Top-10 Mitgliedsstaaten zugewanderter Schülerinnen und Schülern aus der EU aus (Abbildung 3).

¹ Kroatien ist seit dem 01.07.2013 Mitglied der Europäischen Union. Aus Vergleichsgründen wurden die Zahlen kroatischer Schülerinnen und Schüler hier den Zahlen anderer Unionsbürgerinnen und Unionsbürger hinzugefügt.

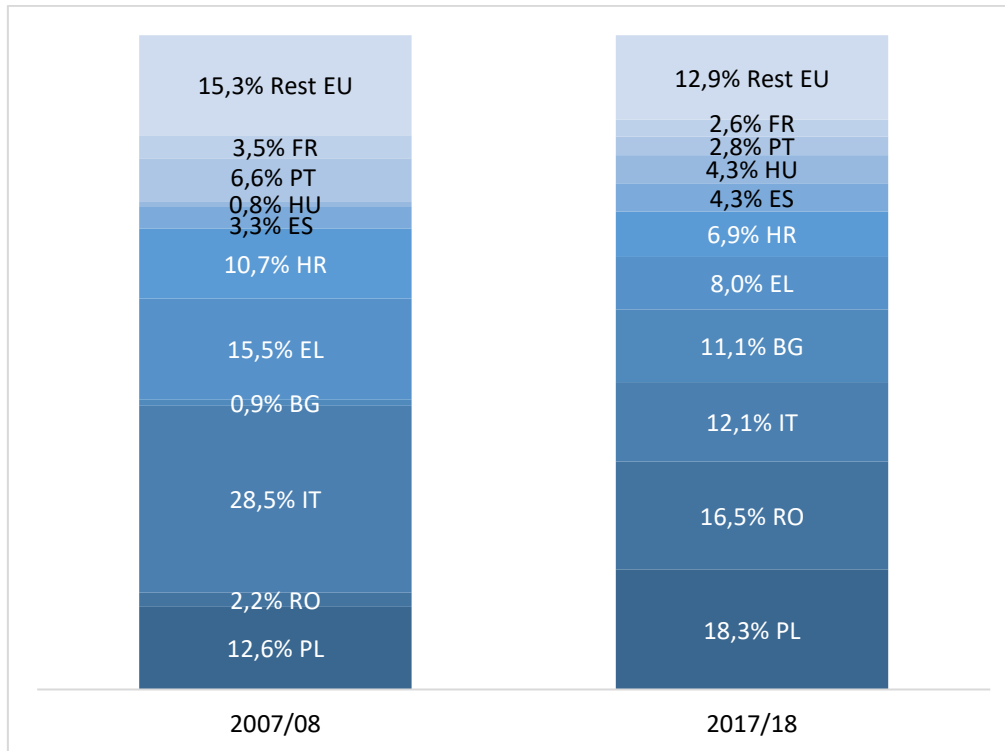


Abbildung 3: Top 10 der EU-Mitgliedsstaaten zugewanderter Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2007/08 und 2017/18

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2008a, 2018a © Minor

Sowohl unter allen Zugewanderten als auch in der Gruppe der EU-Zugewanderten waren männliche Schüler im Schuljahr 2017/18 mit 52,7 % bzw. 51,1 % leicht überrepräsentiert (Statistisches Bundesamt 2018a).

1.2 Schülerinnen und Schüler aus den EU-Mitgliedsstaaten – Potenziale für den deutschen Arbeitsmarkt?

Die wachsende Zahl der EU-Schülerinnen und -Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland ist in den letzten zehn Jahren insbesondere auf die Zunahme ihrer Präsenz an Grundschulen und in etwas geringerem Ausmaß an integrierten Gesamtschulen – vor allem aus Staaten der EU-Osterweiterung – sowie an Gymnasien zurückzuführen. An Haupt- und Realschulen ließ sich hingegen im besagten Zeitraum kein solcher Anstieg beobachten (Abbildung 4 und Abbildung 5).

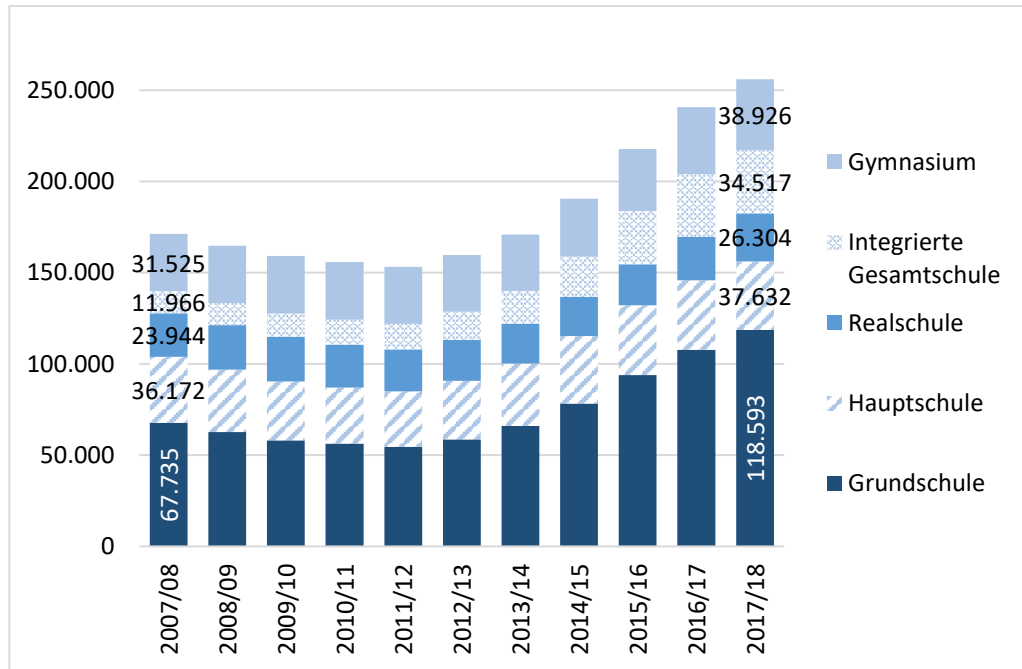


Abbildung 4: Entwicklung der Anzahl an Schülerinnen und Schüler aus den EU-Mitgliedsstaaten nach Schularten

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2008a, 2009a, 2010a, 2011a, 2012a, 2013a, 2014a, 2015a, 2016a, 2017a, 2018a © Minor

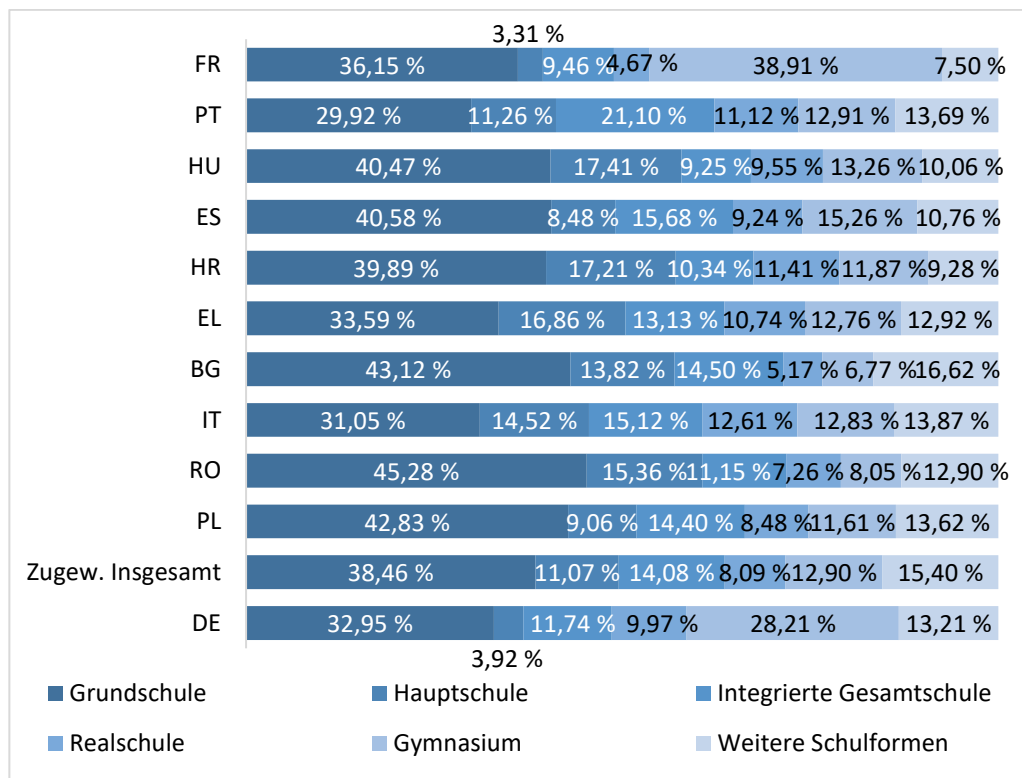


Abbildung 5: Anteile der Schülerinnen und Schüler an ausgewählten Schularten im Schuljahr 2017/18

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2018a © Minor

Sofern sich die zugewanderten Eltern der Schülerinnen und Schüler für einen Verbleib in Deutschland entscheiden, wird in den kommenden Jahren eine zunehmende Zahl von ihnen das deutsche Schulsystem durchlaufen haben und eine duale Ausbildung oder ein Studium anstreben. Da die deutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren mit den steigenden Renteneintritten geburtenstarker Jahrgänge der Baby-Boomer-Generation konfrontiert sein wird, bergen die steigenden Gesamtzahlen und die Ausgeglichenheit bei der Geschlechterverteilung unter den Schülerinnen und Schülern aus den EU-Mitgliedsstaaten wesentliche Potenziale bei der zukünftigen Fachkräftesicherung in der gesamten Bandbreite – sowohl in Hinsicht auf das duale Ausbildungssystem als auch mit Blick auf die Hochschulbildung. Drohende Fachkräfteengpässe erlauben keinen nachlässigen Umgang mit den Themen Bildung und berufliche Integration von zugewanderten Schülerinnen und Schülern. Anger et al. (2018: 22) plädieren vor diesem Hintergrund für eine höhere Personalausstattung an Schulen und anderen Einrichtungen des Bildungswesens, um ihre Potenziale zur Förderung der Integration von zugewanderten Schülerinnen und Schülern besser auszuschöpfen. Zudem dürfen die ungleichen Ausgangslagen zugewanderter Schülerinnen und Schüler nicht außer Acht gelassen werden: Nach wie vor verlassen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund die Schule häufiger ohne einen Abschluss als diejenigen ohne Migrationshintergrund (Becker 2011: 12). Dies wird u. a. auf eine hohe Ausprägung institutioneller Diskriminierung² zurückgeführt (Aydın-Canpolat 2018: 100-107).

² Auffälligkeiten bei der Einschulung, bei Überweisungen in die Sonderschulen und beim Übergang in die weiterführenden Schulen (a. a. O.)